



Niederschrift

**über die Sitzung
des Schulträgersausschusses
am 21.08.2012**

Anwesend

- Vorsitzende/r

Merkator, Kurt

- Mitglieder

Stadtratsmitglieder

Gunther Heinisch, MdL (Urkundsperson)

Tabea Rößner, MdB

Norbert Solbach

Karin Trautwein (Urkundsperson)

Sissi Westrich

Cornelia Willius-Senzer

Lehrervertreter

Gernot Ensgraber

Ibolya Havel-Scheuermann

Valeriano Sierra Haupt

Elternvertreter

Leander Borg

Ingrid Braun

Christiane Kemmeter

Sabine Maskow

Vertretung der Arbeitnehmer

Ludwig Julius

Vertreter der Arbeitgeber

Klaus Heck

- Schriftführung

Cöster, Ulf

- Verwaltung

Dieter Stiller, Dezernat IV
Petra Henkel, Amt 40
Joachim Becker, Amt 40
Klaus-Dieter Wagner, Amt 40

- Gäste

Monika Roth, Amt 51
Stefan Gers, Amt 51

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Nadya Konrad
Dagmar Brandmüller
Margitt Dahm
Manfred Ladwig
Klara Sophie Mladinic
Armin Mößmer
Anja Selle-Uersfeld

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 5

b) öffentlich

2. Schulsozialarbeit
3. Änderung der Satzung und der Richtlinien Schülerbeförderung durch geändertes Schulgesetz
4. Erweiterung IGS Anna-Seghers
5. Mitteilung/Verschiedenes

öffentlich

Punkt 2 **Schulsozialarbeit** **Vorlage: 1193/2012**

Der Vorsitzende begrüßt Frau Roth und Herrn Gers (Amt für Jugend und Familie), der die Vorlage vorstellt.

Herr Solbach fragt, ob die Ergebnisse der Sozialraumanalyse bereits eingepflegt sind.

Herr Gers berichtet, dass fast alle Projekte der Analyse mit eingearbeitet wurden.

Frau Braun fragt nach den Förderschulen, die nicht aufgeführt seien.

Herr Gers antwortet, dass an diesen Schulen ebenfalls Schulsozialarbeit existiere, allerdings nur mit wenigen Stellenanteilen (Windmühlenschule). An der Astrid-Lindgren-Schule soll demnächst ein Schulsozialarbeiter tätig werden. Die Peter-Jordan-Schule passe aufgrund der Altersstruktur nicht in das Grundschulkonzept.

Frau Rößner fragt, ob verschiedene Schulsozialarbeiter zuständig seien (z.B. Grundschule Ludwig-Schwamb und Hauptschule Ludwig-Schwamb) und verweist auf den Flyer.

Herr Gers bejaht dies, der vorliegende Flyer betreffe nur die Grundschulen.

Herr Ensgraber kritisiert die geringe Personalzumessung der Schulsozialarbeiter.

Die Mitglieder nehmen die Beschlussvorlage zustimmend zur Kenntnis.

Herr Gers ergänzt das Thema „Projekte, finanziert über befristet bereitgestellte Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket“.

Punkt 3 **Änderung der Satzung und der Richtlinien Schülerbeförderung** **durch geändertes Schulgesetz** **Vorlage: 0778/2012**

Herr Merkator stellt die Vorlage vor.

Frau Willius-Senzer fragt nach der neuen Regelung für die Martinus- und Waldorfschulen, die man gleichbehandeln solle.

Herr Merkator antwortet, dass diese Gleichbehandlung nun sichergestellt sei, da durch die vorherige Regelung diese Schulen privilegiert waren.

Frau Rößner ergänzt, dass es nicht erklärbar sei, weshalb ein Kind aus der Oberstadt für den Besuch der GS Schillerschule Weisenau keine Fahrtkostenerstattung bekomme, beim Besuch der nahegelegenen Martinusschule Weisenau dies jedoch der Fall sei. Genau dies habe man jetzt angeglichen.

Die Mitglieder nehmen die Beschlussvorlage zur Kenntnis.

Punkt 4 **Erweiterung IGS Anna-Seghers**
hier: Inanspruchnahme einer Verpflichtungsermächtigung
Vorlage: 1320/2012

Der Vorsitzende stellt die Vorlage, die als Tischvorlage ausgelegt ist, vor. Die Verpflichtungsermächtigung sei von der ADD genehmigt. Derzeit laufe das Ausschreibungsverfahren für einen Generalunternehmer, deshalb sei ein konkreter Baubeginn momentan nicht zu nennen. Sollten sich Verzögerungen ergeben, würde dies direkt angemahnt werden.

Die Mitglieder stimmen der Beschlussvorlage einstimmig mit 15 Stimmen zu.

Punkt 5 **Mitteilung/Verschiedenes**

1. Nach Mitteilung des Landes erhält die Kanonikus-Kir-Realschule plus, zum Schuljahr 2013/14 die Optionierung auf Errichtung einer Fachoberschule. Die beiden Anträge der Anne-Frank-Realschule plus und Realschule plus Mainz-Lerchenberg hingegen wurden abgelehnt.

2. Die nächste Sitzung des Schulträgerausschusses findet am 20.11.2012 statt.

3. Es wird eine Sondersitzung des Schulträgerausschusses zum Thema 4. IGS geben.

4. Eine gemeinsame Sitzung mit dem Landkreis wird derzeit zum Thema „Weiterentwicklung der BBSen“ terminiert.

Herr Solbach bittet, in einer der nächsten Sitzungen die Schulbuchausleihe zu thematisieren.

Frau Willius-Senzer berichtet über marode baulichen Zustände an der Grundschule Theodor-Heuss, die noch keinen Antrag auf Ganztagschule (GTS) gestellt habe. Die Schule möchte jedoch zunächst eine Mensa erhalten, bevor eine Entscheidung zur GTS fallen könne.

Herr Merkator erklärt, dass die Schule künftig einen anderen Standort benötige und man bisher davon ausging, dass ein GTS-Antrag gestellt werden würde. Die Schule wollte erst dann einen solchen Antrag stellen, wenn die Baumaßnahmen begonnen wären. Dies sei allerdings schulrechtlich nicht möglich. Man habe die Schule mehrfach informiert. Der nächste GTS-Antrag für das Schuljahr 2013/14 könne – nach vorheriger Beteiligung der schulischen und städtischen Gremien - bis zum 01.11.2012 gestellt werden. Eine Absichtserklärung alleine reiche nicht aus.

Herr Sierra Haupt berichtet, dass die Initiative zu einer GTS durch die bisherige Schulleiterin eingebracht worden sei. Ein entsprechender Antrag benötige einen langen Vorlauf. Zudem habe es in letzter Zeit viele größere Projekte an diesem Standort gegeben.

Herr Merkator weist auf ein nächstes Gespräch mit Frau Baudezernentin Grosse am 11.09.2012 vor Ort hin. Er werde in einer der nächsten Sitzungen darüber berichten.

Frau Willius-Senzer fragt nach dem Bebauungsplan Berliner Siedlung West. Dort würden die Wohngebäude abgerissen, wovon die Windmühlen- und Martinusschule betroffen seien. Durch Baumaßnahmen seien die Schulwege in diesem Bereich dann sehr gefährlich. Sie bittet, dass die Bedenken der Eltern berücksichtigt würden und im Planungsverfahren eine bessere Lösung gefunden werden soll. Herr Merkator antwortet, dass diese Bedenken bereits in das Verfahren eingespeist worden seien. Das Bauamt sei informiert und berücksichtige dies. Frau Braun ergänzt, dass es sich um sehr große Baumaßnahmen handele und die Kinder durch ihre Beeinträchtigungen Gefahren schlecht einschätzen könnten. Frau Verkehrsdezernentin Eder habe zugesagt, dass die Baufahrzeuge erst nach Schulbeginn, d.h. ab ca. 08:30 Uhr, eingesetzt würden. Die konkrete Bewertung der Baumaßnahmen könne nur im Bauausschuss erfolgen. Das Thema würde beim nächsten Jour fix des Schuldezernenten mit Frau Baudezernentin Grosse besprochen werden.

Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

gez. Merkator

.....

Vorsitz

gez. Cöster

.....

Schrifführung

gez. Trautwein

.....

Urkundsperson

gez. Heinisch

.....

Urkundsperson